

# Pakt gegen Bürgerrechte

## Details im Koalitionsvertrag: Bürgerkriegsgerät für die Polizei, weniger Datenschutz für Bevölkerung

*Ulla Jelpke*

---

Einen »Pakt für Bürgerrechte« kündigen Union und SPD an – über weite Strecken zeigt sich der Koalitionsvertrag allerdings uninspiriert und beschränkt sich darauf, Prozesse zu beschreiben, die ohnehin schon im Gang sind. Etwa wenn davon die Rede ist, das Bundeskriminalamt (BKA) zum »zentralen Datenhaus« der deutschen Polizeibehörden zu machen – was schon seit Verabschiedung des BKA-Gesetzes im vorigen Jahr geltende Beschlusslage ist. Auch die Ausweitung der Videoüberwachung »an Brennpunkten« gehört zum Repertoire der Bundesregierung, ebenso das Bekenntnis, das Pilotprojekt zur automatischen Gesichtserkennung auszuwerten.

An manchen Stellen verlegen sich CDU/CSU und SPD sogar aufs reine Beobachten jenseits der Bundeszuständigkeit, etwa wenn ein deutlicher Personalaufbau für Justiz und Länderpolizeien versprochen wird. Überlegungen, woher das Personal für mehr Polizei kommen soll, oder wie vorhandenen Personalengpässen durch die Abschaffung obsoleter Straftatbestände begegnet werden könnte, fehlen allerdings. Die Entkriminalisierung von Rauschmitteln oder die Abschaffung von Straftatbeständen wie »illegaler Einreise« und »Schwarzfahren« von Flüchtlingen ist nicht vorgesehen.

Die Koalitionäre streben ein »Musterpolizeigesetz« an, das die Polizeibefugnisse in Bund und Ländern angleichen soll. Als Maßstab dafür dürfte Seehofer das Polizeigesetz nehmen, das dieser Tage im Bayerischen Landtag debattiert wird und der Polizei weitreichende Vollmachten für Videoüberwachung, Vorbeugewahrsam und Aufenthaltsverbote bzw. -gebote für sogenannte Gefährder verleiht.

Rufe aus Sicherheitskreisen, schwere Waffen für die Polizei anzuschaffen – Maschinenpistolen und gepanzerte Fahrzeuge – spiegeln sich in der Absichtserklärung, die Bereitschaftspolizeien der Länder verstärkt mit Bundesmitteln aufzurüsten. Offenbar unter dem Eindruck des G-20-Gipfels soll die Polizei für bürgerkriegsähnliche Einsätze gegen soziale Protestbewegungen fitgemacht werden.

Kontinuität zur bisherigen Linie, die Befugnisse der Sicherheitsbehörden auszuweiten, ist auch in Hinblick auf den Verfassungsschutz angesagt: Das Bundesamt soll in seiner »Steuerungsfunktion« gestärkt und zum zentralen Abhördienstleister ausgebaut werden. Die Reise geht insgesamt weg vom Föderalismus zu mehr Zentralstaatlichkeit.

Unter bürgerrechtlichen Gesichtspunkten besonders bedenklich sind die Pläne zur künftigen Arbeit der sogenannten Gemeinsamen Zentren, in denen Polizei- und Geheimdienstvertreter aus Bund und Ländern seit Jahren insbesondere im Kampf gegen »islamistischen Terrorismus« zusammensitzen. Künftig, so haben es die Unionsparteien und die SPD vereinbart, soll die Zusammenarbeit noch intensiver werden, damit »Informationen reibungsloser ausgetauscht und verbindliche Absprachen« getroffen werden. Das verfassungsrechtliche Problem verschärft sich dadurch, denn diese institutionalisierte Kooperation verstößt dauerhaft gegen das Trennungsgebot von polizeilicher und geheimdienstlicher Arbeit. Die Gemeinsamen Zentren haben noch nicht einmal eine gesetzliche Grundlage – deswegen gibt es auch weder parlamentarische Kontrolle noch einen Datenschutzbeauftragten.

Ähnlich wird auf EU-Ebene vorgegangen: Die Koalition kündigt an, die Sicherheitskooperation zu »verbessern und vertiefen«, dazu gehöre eine »effektive Vernetzung und Verbesserung der für die Sicherheitsbehörden relevanten Datenbanken«. Dabei geht es letztlich um einen EU-weiten Pool polizeilicher Dateien. Während damit die Möglichkeiten zur Erfassung und Beobachtung der Bürger ausgeweitet werden, fehlt jede Absicht, den Datenschutz in gleichem Umfang nachzubessern. Europa wird nicht demokratisiert, sondern verpolizeilicht.

Der Koalitionsvertrag kündigt an, Präventionsprogramme gegen antidemokratische Bestrebungen (»Extremismus« im Jargon der Koalition) auszuweiten, besonders im Kampf gegen islamischen Dschihadismus. Konkrete Summen und Maßnahmen werden hier allerdings nicht genannt. Ansonsten wird zwar markig angekündigt: »Wir werden den radikalen Islam in Deutschland zurückdrängen«, unterlegt wird das dann aber nur mit repressiven Maßnahmen gegen Moscheegemeinden. »Wir erwarten, dass Imame aus dem Ausland deutsch sprechen«, heißt es, als ob islamistische Hetze eine Frage der Sprache sei.

---

<https://www.jungewelt.de/artikel/327654.pakt-gegen-burgerrechte.html>